

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME: **Bebauungsplan Nr. 202/IV „Erweiterung Habichtshorst-westlich Bokeler Straße“ in der Stadt Papenburg**

VERFAHRENSGANG: **Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB**
vom 27.06.2018 bis 27.07.2018

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. IHK für Ostfriesland und Papenburg, Emden vom 24.07.2018
2. Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim, Osnabrück vom 23.07.2018
3. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Meppen vom 13.07.2018
4. Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“, Aschendorf vom 25.06.2018
5. Wasserverband Hümmeling, Werlte vom 11.07.2018
6. Stellungnahme: TenneT TSO GmbH, Lehrte vom 03.07.2018

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Landkreis Emsland
Datum: 23.07.2018

Inhalt

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nimmt der Landkreis Emsland als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

§ 1 Abs. 7 BauGB verlangt, dass bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen sind. So ist gemäß § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB das Ergebnis der Umweltprüfung in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Gemeinde muss unterscheiden zwischen einer fachlichen Bewertung von Umweltbelangen im Umweltbericht und der Bewertung dieser Belange im Rahmen der rechtlichen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB. In der Begründung ist somit außerhalb des Umweltberichtes in einem weiteren Kapitel die eigentliche Abwägung (Gewichtung der Belange etc.) - auch zum Umweltbericht - zu treffen.

Sofern sich — in Bezug auf die Anmerkungen hinsichtlich Naturschutz und Forsten — ein Kompensationsdefizit ergibt, muss der Ausgleich der planbedingten Eingriffe in Natur und Landschaft nachweislich dauerhaft sichergestellt werden (z. B. Fläche(n) im Eigentum der Gemeinde oder städtebaulicher Vertrag mit Grundbucheintrag).

Entscheidungsvorschlag:

Die Begründung wird im Kapitel 1.5.9 –Natur und Landschaft- wie folgt redaktionell ergänzt:

Artenschutzrechtliche Belange stehen der Planung nicht dauerhaft entgegen, so dass insgesamt deutlich wird, dass die Planung umsetzbar ist. Sofern die empfohlenen Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung umgesetzt werden, kann die Planung des Baugebietes „Erweiterung Habichtshorst-westlich Bokeler Straße“ als umweltverträglich bewertet werden.

Den genannten Ausführungen aus dem Umweltbericht wird vollumfänglich gefolgt.

Der Ausgleich des Kompensationsdefizits wird über den Kompensationsüberschuß des Bebauungsplans Nr. 262 „Nördlich Am Rauhtopf“ sichergestellt. Die Flächen des Bebauungsplans Nr. 262 „Nördlich Am Rauhtopf“, welche die Grundlage der Bilanzierung zur Ermittlung des Kompensationsüberschusses bilden, befinden sich im Eigentum der Stadt Papenburg.

Somit ist eine dauerhafte Sicherung der Kompensationsflächen gewährleistet.

Naturschutz und Forsten

Das **naturnah gestaltete Versickerungsbecken** (B- Plan Nr. 262) ist bei der Ermittlung des Kompensationsflächenwertes abzuwerten, da die Wechselwirkungen zu Biotopen und Lebensräumen der freien und offenen Landschaft durch das Ausweisen des neuen Wohnbaugebietes dauerhaft unterbrochen werden. Das Versickerungsbecken wird durch die Umsetzung der Bauleitplanung vielmehr zwischen zwei Wohnbaugebieten eingekeilt. Die Veränderung der Lage und das damit verbundene Unterbrechen der Wechselwirkungen haben sich in der Bewertung widerzuspiegeln. Der Biotoptyp ist daher bei der Ermittlung des Kompensationsflächenwertes mit dem Wertfaktor (WF) 2 zu bewerten.

Gleiches gilt für die bei der Ermittlung des Eingriffsflächenwertes mit dem WF 3 bewertete **öffentliche Grünfläche** (ebenfalls B- Plan Nr. 262). Auch in diesem Fall ist aufgrund der mit der Umsetzung der Bauleitplanung verbundenen Veränderungen eine Abwertung um einen Wertfaktor vorzunehmen.

Im Zuge der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG sind alle im und **unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen** zu erfassen, zu bewerten und in die Eingriffsbilanzierung einzustellen. Diese Vorgabe gilt folglich auch für den ca. 10 m breiten Gehölzgürtel, der sich an der Nordgrenze der bestehenden Wohnbebauung (B- Plan Nr. 262) erstreckt. Durch das Ausweisen eines neuen Wohnbaugebietes können sich auch für den bestehenden Gehölzgürtel Beeinträchtigungen (§ 14 BNatSchG) ergeben, da der Gehölzgürtel vor der Planung Verbindungen und Wechselbeziehungen zur freien und offenen Landschaft aufwies, nach der Umsetzung der Planung jedoch zwischen zwei Wohnbebauungen liegt und diese Wechselwirkungen verliert. Die Veränderungen müssen je nach Grad der Erheblichkeit in

Gemäß Städtetagmodell wird ein „Sonstiges naturfernes Staugewässer“ mit dem Wertfaktor 2 WF und ein im Regelprofil ausgebauter „nährstoffreicher Graben“ mit dem Wertfaktor 3 WF bewertet. Da das im vorliegenden Plangebiet hergestellte und zu erweiternde Versickerungsbecken „naturnah“ mit langer Uferlinie, verschiedenen Böschungsneigungen und unregelmäßiger Sohlentiefe und – breite hergestellt wird, ist die Bewertung mit dem Wertfaktor 3 WF gerechtfertigt. Die Gestaltung der unmittelbar angrenzenden Flächen als standortgerechte Gehölzpflanzung und nur extensiv zu pflegende, nur einmal jährlich zu mähende Freiflächen unterstreichen die höhere Wertigkeit dieser Bereiche. Wenn auch die Wertigkeit als Element des Biotopverbundes (Wechselwirkungen mit der offenen Landschaft) durch die umgebenden bebauten Bereiche herabgesetzt ist, so stellen die Versickerungsbecken mit ihren umgebenden Flächen für die Arten des Siedlungsbereichs doch wertvolle Trittsteine innerhalb des künftigen Wohnstandortes dar. Die Bewertung des naturnah gestalteten Versickerungsbeckens mit dem Wertfaktor 3 WF ist damit gerechtfertigt und wird beibehalten.

Die neu anzulegenden Strukturen in Form von Versickerungsbecken und angrenzender Grünfläche, die überwiegend bepflanzt, aber auch als extensiv zu nutzende Freiflächen gestaltet werden, stellen nicht nur wertvolle Trittsteine dar, diese vielfältig nebeneinander vorkommenden Habitatstrukturen erhöhen insbesondere die Biodiversität. Eine Bewertung dieser Fläche mit dem Wertfaktor 3 WF ist daher gerechtfertigt.

In der vorliegenden Eingriffsbilanz sind, wie nebenstehend gefordert, neben den innerhalb des Plangebietes vorkommenden Biotoptypen auch die angrenzenden Biotope bewertet worden. Der im südlich angrenzenden Bebauungsplan Nr. 238 festgesetzte 10 m breite Gehölzgürtel wurde sowohl bei der Eingriffsflächenbewertung als auch bei der Ermittlung des Kompensationswertes mit dem Wertfaktor 3 WF bewertet. Auch wenn er künftig zwischen zwei Wohngebietsflächen liegt, so übernimmt er doch zusammen mit den zuvor beschriebenen Strukturen (Versickerungsbecken und umgebende Grünfläche) unter Berücksichtigung einer Gesamtbreite von annähernd 30 m wertvolle

die Bilanzierung einfließen.

Die Eingriffsbilanzierung ermittelt einen sog. Kompensationsüberschuss von **2805 WE**. Der Kompensationsüberschuss beinhaltet jedoch noch nicht die im Zuge der naturschutzfachlichen Stellungnahme getroffenen Aussagen. Durch die geforderte Neubewertung einiger Biotoptypen vor und nach dem Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild werden sich Veränderungen, die sich auch auf die Höhe des Kompensationsüberschusses auswirken werden, ergeben.

Die für den B- Plan Nr. 202/ IV durchgeführte und vorliegende spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) sagt aus, dass mit der Bauleitplanung keine Verbotstatbestände nach §§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG erfüllt werden.

Voraussetzung ist jedoch, dass die in der saP aufgeführten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahme beachtet und in der Örtlichkeit konsequent umgesetzt wird.

- Herrichten von Bauflächen (Freischieben von Arbeits- bzw. Baufeldern) nicht in der Zeit vom **01. März bis 30. September** (§ 39 BNatSchG).

Wasser und Bodenschutz, Abfallwirtschaft

Eine Gewässerbenutzung, z.B. zur Einleitung von Abwasser aus gesammeltem Niederschlagswasser von versiegelten Flächen über Versickerungsanlagen in das Grundwasser, bedarf nach § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) einer wasserrechtlichen Erlaubnis.

Die Niederschlagswasserbeseitigung kann auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht abschließend beurteilt werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebiets und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung

Funktionen für die Standortvielfalt und als Trittstein zwischen den entstehenden Gartenflächen. Eine Bewertung mit dem Wertfaktor 3 WF ist somit unter Berücksichtigung der Flächengröße und der Strukturvielfalt dieses entstehenden Gürtels zwischen den nördlich und südlich angrenzenden Wohngebietsfläche gerechtfertigt und wird daher beibehalten.

Unter Berücksichtigung der zuvor beschriebenen Argumentation wird die Bewertung der Biotoptypen beibehalten, so dass sich die Höhe des ermittelten Kompensationsüberschusses nicht verändert.

Das im Bebauungsplan angegebene Zeitfenster für das Herrichten der Bauflächen wird auf den 30. September verlängert und entsprechend beachtet. Der Hinweis im Bebauungsplan wird entsprechend geändert.

Die Stadt Papenburg plant keine gezielte Einleitung des Oberflächenwassers von den versiegelten Verkehrsflächen über Versickerungsanlagen (Mulden, Rigolen etc.) in das Grundwasser. Die Entwässerung soll flächig über den unbefestigten Straßenseitenraum erfolgen.

Nach Auffassung der Stadt Papenburg ist hierzu keine wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 10 WHG erforderlich.

verabschiedet werden kann.

Brandschutz

Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen keine Bedenken, wenn die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes bei der Ausführung wie folgt beachtet werden:

- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.
- Für das geplante Gebiet ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m³/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes wurden mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt und werden bei der Umsetzung der Planung beachtet.

2. Stellungnahme: Telekom, Osnabrück **Datum: 25.07.2018**

Inhalt

Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Telekom beabsichtigt den Planbereich mit Telekommunikationsdienstleistungen zu versorgen. Dabei ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien im Plangebiet und außerhalb des Plangebietes erforderlich.

Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens 2 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.

<p>3. Stellungnahme: Vodafone GmbH / Kabel Deutschland GmbH, Hannover Datum: 27.07.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Eine Ausbauentscheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:</p> <p>Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg</p> <p>Neubaugebiete.de@vodafone.com</p> <p>Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>Weiterführende Dokumente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kabelschutzanweisung Vodafone • Kabelschutzanweisung Vodafone Kabel Deutschland • Zeichenerklärung Vodafone • Zeichenerklärung Vodafone Kabel Deutschland 	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stadt Papenburg wird den Bedarf zur Erschließung des Baugebietes mit Datenleitungen prüfen und sich dann im Bedarfsfall mit dem zuständigen Versorgungsunternehmen in Verbindung setzen.</p>
<p>4. Stellungnahme: EWE NETZ GmbH, Oldenburg Datum: 06.07.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Im Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p> <p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Be-</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die Versorgungsleitungen und –anlagen bleiben soweit möglich in ih-</p>

stand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzte oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z.B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite <https://www.ewe-netz.d/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus.

rem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die erforderlichen Schutzabstände und Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten in der Nähe von Leitungstrassen und Anlagen werden in Abstimmung mit dem Inhaber der Leitungsrechte beachtet. Der Umfang und die Erforderlichkeit von Leitungssicherungs- und Umlegungsarbeiten und die dadurch entstehenden Kosten werden mit dem Versorgungsunternehmen entsprechend den bestehenden vertraglichen Regelungen vergütet.

Zur Kenntnisnahme.

Die baulichen Maßnahmen werden rechtzeitig vor Baubeginn mit den Versorgungsunternehmen abgestimmt. Die Versorgungsträger werden vor Ort eingewiesen und erhalten anschließend ausreichend Zeit für die Einleitung aller erforderlichen Maßnahmen.

Zur Kenntnisnahme und Beachtung.

<p>Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de.</p>	
<p>5. Stellungnahme: Avacon Netz GmbH, Salzgitter Datum: 04.07.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Im Anfragebereich befinden sich keine Versorgungsanlagen von Avacon Netz GmbH/ Purena GmbH / WEVG GmbH & Co KG.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass die Markierung dem Auskunftsbereich entspricht und dieser einzuhalten ist.</p> <p>26871 Aschendorf OT Aschendorf</p> <p>Gesamtanzahl Pläne: 0</p> <p>Achtung: Im o. g. Auskunftsbereich können Versorgungsanlagen liegen, die nicht in der Rechtsträgerschaft der oben aufgeführten Unternehmen liegen.</p> <p>Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Die relevanten Versorgungsträger wurden gemäß den Bestimmungen des § 4 BauGB am Verfahren beteiligt und haben Stellungnahmen zur Planung abgegeben.</p>
<p>6. Stellungnahme: Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Aschendorf Datum: 18.07.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p><i>Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:</i></p> <p>Zur Bauleitplanung der Stadt Papenburg im Bereich der Waldseestraße in Aschendorf wurde durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen ein Geruchsgutachten nach der Geruchsimmissionsschutzrichtlinie (GIRL) vom 15.08.2016 erstellt. Es wurden 5 landwirtschaftliche Hofstellen, eine Pferdehaltung, der Reit- und Fahrver-</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>

<p>ein Aschendorf sowie eine ehemalige Klaranlage in dem Gutachten berücksichtigt.</p> <p>Im Bereich des Plangebietes werden die maximal zulässigen Immissionswerte von IW 10 unterschritten und sind somit für eine Wohnbebauung nutzbar.</p> <p>Aufgrund der vorgelegten Unterlagen bestehen gegen das o. g. Vorhaben keine Bedenken.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>7. Stellungnahme: Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“, Aschendorf Datum: 25.06.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>Der o.g. Bebauungsplan Nr. 202 liegt innerhalb des Verbandsgebietes. Die Belange des Unterhaltungsverbandes UV 104 „Ems IV“ werden jedoch nicht berührt. Seitens dieses Verbandes bestehen daher keine Bedenken.</p> <p>Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>8. Stellungnahme: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Hannover Datum: 18.07.2018</p> <p><u>Inhalt</u></p> <p>aus Sicht des Fachbereiches Landwirtsch./Bodenschutz wird zu o.g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Durch die vorliegende Planung wird eine teilweise Versiegelung der Böden vorbereitet. Bodenversiegelung führt immer zu erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Boden, weil sämtliche Bodenfunktionen verloren gehen (Vollversiegelung) bzw. beeinträchtigt werden (Teilversiegelung). Wir empfehlen daher, im Bereich von Parkplätzen o.ä. auf eine Vollversiegelung zu verzichten und beispielsweise wasserdurchlässige Materialien zu verwenden (Schotterrasen, Rasengittersteine etc.), um einige Bodenfunktionen eingeschränkt erhalten zu können. Diese Festsetzung könnte in den bauleitplanerischen Unterlagen und anderen Planungs-</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stadt Papenburg hat in die Bauleitplanunterlagen eine ökologische Festsetzung bezüglich der Verwendung von wasserdurchlässigen Materialien zur Flächenversiegelung eingestellt.</p>

grundlagen vermerkt werden.

Die aktualisierte Bodenkarte Niedersachsens i.M. 1:50.000 (BK50) und eine Vielzahl an Auswertungskarten (u.a. zur Schutzwürdigkeit und zur Verdichtungsempfindlichkeit) finden Sie im Internet unter <http://nibis.lbeg.de/cardomao3/#>. Wir empfehlen die Nutzung dieser Informationsquelle als eine Datenbasis bei der Bearbeitung des Schutzgutes Boden im Zuge der Umweltprüfung.

Bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Zuge der Eingriffsregelung sollte darauf geachtet werden, dass sich diese möglichst nicht negativ auf das Schutzgut Boden auswirken. Wir empfehlen dementsprechend Bodenab- und -auftrag zu vermeiden und vielmehr Maßnahmen zur Bodenfunktionsverbesserung durchzuführen (z.B. Extensivierung, Renaturierung, Wiedervernässung, Entsiegelung).

Weitere Anregungen oder Bedenken aus Sicht unseres Hauses bestehen unter Bezugnahme auf unsere Belange nicht.

Die Hinweise bezüglich der Verwendung der Bodenkarte Niedersachsen und der Berücksichtigung des Belangs –Boden- bei der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen wurden soweit zielführend berücksichtigt.

Zur Kenntnisnahme.

VERFAHRENSGANG:

Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

Von der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der Offenlegung der Bauleitplanunterlagen vom 27.06.2018 bis einschließlich 27.07.2018 keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

Aufgestellt:
Papenburg, 13.08.2018
Ing.-Büro W. Grote GmbH